

presse

Schröders Stufenplan zur Quote führt nicht aufwärts

Anlässlich des Quotengipfels der Bundesfrauenministerin Dr. Kristina Schröder mit den Personalvorständen der 30 Dax-Unternehmen und der Veröffentlichung der Eckpunkte für einen Stufenplan zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen erklären die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Caren Marks und die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik Christel Humme:

Der Stufenplan zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen wird ins Leere laufen. Die Stufe 1 ist genau das, was bereits vor zehn Jahren zwischen der deutschen Wirtschaft und der damaligen Bundesregierung vereinbart wurde. Das Ergebnis ist niederschmetternd. Denn es hat sich gezeigt: Freiwilligkeit hat nichts bewirkt.

Stufe 2 sieht eine Initiierung von freiwilligen Selbstverpflichtungen vor. Ziel ist die Verdreifachung des Frauenanteils in Aufsichtsräten und Vorständen. 96 Prozent aller Vorstandsposten der 200 größten deutschen Unternehmen haben keine einzige Frau im Vorstand: drei mal Null bleibt Null. Hinter dieser "Zielvorgabe" können sich Unternehmen verstecken und weiter untätig bleiben.

Greift die Freiwilligkeit nicht, so wird in Stufe 3 die Freiwilligkeit als Selbstverpflichtung ab Juli 2013 gesetzlich festgeschrieben. Begreife das, wer will. Eine Zielgröße, Quote, wird erneut nicht festgelegt. Stufe 4 ist dann die Befreiung von der Freiwilligkeit, wenn das Unternehmen einen Frauenanteil von 30 Prozent erreicht hat.

Dieser Stufenplan ist ein Hohn und wird weder den Frauen noch der Gesellschaft einen Fortschritt bringen und unnötige Zeit verschwenden. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher eine gesetzliche Quote von mindestens 40 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände. Nicht länger Freiwilligkeit, nicht länger Selbstverpflichtung, nicht länger mutloses Agieren, sondern gesetzliche Regelungen mit Sanktionen.